

Es ist keine gute Idee, an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe nach Marc Jongen zu fragen. Studenten, die gerade noch betont cool und locker im Foyer auf den Bänken fläzten, strecken plötzlich ihr Rückgrat, setzen sich auf und werden auffallend schmallippig. Mit spitzen Finger weisen sie den Weg zu seinem Büro. Die Abneigung der Studenten gegen diesen Mann ist in diesem Moment fast körperlich spürbar. Keine Frage: Marc Jongen ist in diesen Hallen eine offensichtlich unerwünschte Person.

Einige Minuten später sitzt Marc Jongen im ausladenden Foyer des angrenzenden Zentrums für Kunst und Medien. Das Foyer ist menschenleer, die Lichter im Café sind aus, die Ausstellung „Frei Otto. Denken in Modellen“ hat gerade geschlossen. Jongen entschuldigt sich für das etwas ungestaltliche Ambiente und setzt sich auf einen der vielen weißen Plastikstühle an einen kleinen weißen Bistrotisch. Er bittet nicht zum Gespräch in sein Büro; es heißt, er dürfe wegen seiner politischen Aktivitäten keine Interviews an der Hochschule geben.

Wäre Marc Jongen bei den Grünen, Sozialdemokrat oder bei der CDU, würde wohl kein Hahn danach krähen – aber der 49-Jährige ist bei der AfD. Zudem ist er nicht irgendein Parteimitglied, sondern gilt in der Alternative für Deutschland als herausragender Vordenker und hat maßgeblich am Parteiprogramm mitgeschrieben. Das genügt, um in Karlsruhe eine ziemlich große Empörungswelle auszulösen. „Ich habe nicht erwartet, dass die Reaktionen so heftig werden“, gesteht Jongen ein, der an der Hochschule für Gestaltung Philosophie lehrt. Ihn hätten allerdings weniger die Proteste der Studenten überrascht, die sich seiner Meinung nach aus einer Art jugendlichem Reflex gegen „alles irgendwie Rechte“ wenden würden. Jongen sagt: „Mich hat eher erstaunt, was man

„Dass die Reaktionen so heftig werden, habe ich nicht erwartet.“

Marc Jongen über das Verhalten seiner Karlsruher Kollegen nach seiner Mitarbeit am AfD-Parteiprogramm

haben, die in einem offenen Brief inquisitorisch meine Absetzung als Herausgeber der hochschuleigenen Schriftenreihe gefordert haben.“

Marc Jongen haben die Zerwürfnisse offensichtlich tiefer gekränkt, als er zugeben möchte, und er versucht, eine Art emotionaler Distanz zwischen sich und der Hochschule aufzubauen: „Ich habe das alles am Ende eher wie ein Außenstehender gesehen, als Beobachter eines latent totalitären Mechanismus.“

Im Laufe des Gesprächs wird deutlich, dass Marc Jongen das Kapitel Hochschule abgeschlossen hat. Sein Wirkungsraum ist längst die Politik, und das konkrete Ziel ist der Einzug in den Bundestag. Deshalb kandidiert er bei der Bundestagswahl im September in Baden-Württemberg auf dem sicheren Listenplatz 3. „Im akademischen Feld werden viele Theorien und Worte produziert“, erklärt er die Ausgangslage, „aber sehr vieles davon bleibt praktisch ohne Folgen.“ In der Politik aber würden Worte in die Realität überführt, dort könne man gestalten. Was das konkret heißt, muss im Moment jedoch im Ungefähren bleiben, denn realpolitisch ist Jongen noch ein unbeschriebenes Blatt.

Der Weg in die Politik ist für den Philosophen allerdings kein einfacher Gang, da er auch bei politischen Veranstaltungen nicht einfach aus seiner Haut als Denker schlüpfen kann. So formuliert er bisweilen sehr akademisch klingende Sätze, die das Publikum eher ratlos zurückschrecken lassen. In Aalen dozierte er jüngst über die deutsche Leitkultur und „das Volk als psychopolitische Entität, die seit Jahren einer Erosion ausgesetzt ist“. Natürlich sei er kein politischer Haudrauf und wolle auch keiner werden, sagt Jongen. Er suche eine „Hybridform“ zwi-



Marc Jongen hat maßgeblich am Programm der AfD mitgeschrieben.

Foto: Imago

Der Vordenker der AfD

Porträt Marc Jongen ist Philosoph und Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD). Er bastelt am Weltbild der neuen Rechten und sieht Europa am Beginn eines neuen konservativen Jahrhunderts. Von Knut Krohn

schon politischer Rede und akademischem Vortrag, ist sich aber im Klaren darüber, dass mit zunehmender Heftigkeit des Wahlkampfes auch er als Feingeist zu größeren Formulierungen greifen muss.

Das offene Wortgefecht, in dem die Emotionen geschürt werden, müsste dem Philosophen allerdings gefallen, da er immer wieder beklagt, dass die Deutschen an einer „thymotischen Unterversorgung“ litten. Thymos ist ein Wort aus dem Altgriechischen und kann ungefähr mit Wut oder Zorn übersetzt werden und ist zentraler Bestandteil seines Denkens. Da ist Marc

schon politischer Rede und akademischem Vortrag, ist sich aber im Klaren darüber, dass mit zunehmender Heftigkeit des Wahlkampfes auch er als Feingeist zu größeren Formulierungen greifen muss.

Das offene Wortgefecht, in dem die Emotionen geschürt werden, müsste dem Philosophen allerdings gefallen, da er immer wieder beklagt, dass die Deutschen an einer „thymotischen Unterversorgung“ litten. Thymos ist ein Wort aus dem Altgriechischen und kann ungefähr mit Wut oder Zorn übersetzt werden und ist zentraler Bestandteil seines Denkens. Da ist Marc

Jongen ganz Schüler seines Mentors Peter Sloterdijk, dessen Assistent er in Karlsruhe lange Zeit war. Das Enfant Terrible der deutschen Philosophenszene lieferte im vergangenen Jahr mit seinem Aufsatz „Letzte Ausfahrt Empörung“ über die „Bürgerschaft in Demokratien“ dem deutschen Wutbürger den philosophischen Überbau für dessen Tun. In die Nähe der Alternative für Deutschland möchte Sloterdijk allerdings nicht gerückt werden. „Mit dem AfD-Ideen-Müll habe ich nichts zu tun“, polterte er reichlich ungehalten gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das Verhältnis zwischen den beiden Philosophen scheint im Moment – gelinde gesagt – ziemlich schwierig zu sein.

Auch bei seinem Auftritt in der Stadthalle in Aalen versucht Marc Jongen, den Zuhörern die drei „Seelenfakultäten“ Thymos, Logos und Eros – neben Wut also noch Vernunft und Lust – nahezubringen. Erst mit der nötigen „thymotischen Spannung“ sei das Land auf die künftigen Herausforderungen wie etwa das Eindringen des Islam – eine „hochgepuschte thymotische Bewegung“ – vorbereitet, sagt Jongen. Applaus erhält er im Saal aber erst, als er ins Mikrofon ruft: „Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes!“

Deutlich wird, dass Jongen die aktuelle Zeit vor allem durch Krisen bestimmt sieht. In diesem Punkt trifft er sich wohl mit den meisten AfD-Anhängern – auch mit Leuten wie Björn Höcke, die dem völkisch-nationalen Flügel der Partei zuzurechnen sind. Wenn es um den Rechtsaußen aus Thüringen geht, wählt Jongen seine Worte noch genauer als gewöhnlich. Dann spricht er von Mentalitätsunterschieden zwischen West und Ost, Gärungsprozessen innerhalb der Partei und der Hoffnung, dass der rechte Rand lediglich ein Rand bleiben werde. Eine deutliche Distanzierung von Höckes völkischem Geschwurbel über „1000 Jahre Deutschland“ und das „Reproduktionsverhalten der Afrikaner“ hört sich anders an.

Allerdings sind Marc Jongen die partei-internen Auseinandersetzungen bisweilen reichlich fremd, in denen es um Macht und Einfluss geht – da ist er doch ganz Philosoph geblieben. Er denkt nicht in Wahlperioden, auch nicht in Jahrzehnten, sondern in Jahrhundertzyklen. In diesem Sinne sieht er ein Jahrhundert zu Ende gehen – das des linken Denkens, das in der 68er-Revolution seinen Höhepunkt hatte und etwa die Auflösung der traditionellen Familie und der Geschlechterrollen mit sich brachte. Oder wie Marc Jongen es etwas apokalyptisch ausdrückt: „Am Ende bleibt da nur Zerstörung.“

Doch das Pendel schwinde nun zurück, ist er überzeugt. Das neue Zeitalter, das der Philosoph durch die immer stärker werdenden national-konservativen Strömungen in Europa anbrechen sieht, laufe der bisherigen Entwicklung entgegen und bekämpfe die Dekonstruktion von Familie, Volk und Kirche. Viele würden sagen, die Uhren würden zurückgedreht. Marc Jongen hätte gegen diese Beschreibung sicher wenig einzuwenden. In seiner Ideenwelt müssen Entwicklungen nicht immer linear vorwärts verlaufen, da kann es durchaus auch einmal kräftig rumpeln.

lassen. Im Oktober wurde „Özgür Gündem“ verboten. Während Ahmet Nesin sich zuvor nach Deutschland absetzte, ist der Chefredakteur Kizilkaya seit August inhaftiert, als einer von mehr als 140 Journalisten im Land. Nach Verhandlungsende verwies Christophe Deloire, der Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen, auf den Pressefreiheitsindex seiner

Organisation vom April 2016, laut dem die Türkei auf Platz 151 von 180 Ländern abgestuft war.

„Die Lage hat sich seither täglich verschlechtert“, sagte er vor dem riesigen Justizpalast in Istanbul. „Der Pluralismus ist fast tot, es gibt kein unabhängiges Fernsehen mehr und nur zwei oder drei Zeitungen, die noch kritisch berichten. Für uns ist die Türkei derzeit das Land, das uns am meisten Sorgen macht.“ Er forderte die türkische Justiz auf, sämtliche Anschuldigungen gegen die Angeklagten unverzüglich fallenzulassen. Die Beschuldigten selbst sehen sich als prominente Opfer einer riesigen Prozesslawine gegen Hunderte Regimekritiker unter den Bedingungen des Ausnahmezustands. „Es gibt keine unabhängige Justiz mehr in der Türkei“, erklärte Erol Öneroglu. „Die Regierung hat sich gegen eine gesellschaftliche Versöhnung entschieden, die wir so dringend bräuchten. Wir werden trotzdem weitermachen.“



Christophe Deloire, Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen

Prominente Opfer einer riesigen Prozesslawine

Justiz In der Türkei sorgen zwei Prozesse gegen Journalisten und Bürgerrechtler für internationales Aufsehen. Von Frank Nordhausen

Die türkische Justiz ist wegen der fortlaufenden „Säuberungen“ im Staatsapparat derzeit mit Verhandlungen gegen Journalisten, Menschenrechtler und andere Dissidenten überlastet. Aus diesem Grund terminierte sie am Mittwoch zwei wichtige Prozesse im Istanbul Justizpalast auf der europäischen Stadtseite auf dieselbe Anfangszeit. Mit den Journalisten und Bürgerrechtlern Can Dündar, Erdem Gül, Erol Önderoglu und Sebnem Korur Fincanci standen zentrale Figuren im Konflikt um die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei vor Gericht. Beide Rechtsfälle hatten international großes Aufsehen erregt; zahlreiche Beobachter aus dem Ausland waren angereist.

Im ersten Verfahren ging es um die wichtigste journalistische Enthüllung der vergangenen Jahre in der Türkei. Die linke Zeitung „Cumhuriyet“ hatte im Mai 2015 über einen Waffentransport des Geheimdienstes MIT an mutmaßlich syrische Islamisten berichtet. Der damalige Minister- und heutige Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan drohte dem Chefredakteur Can Dündar anschließend, er werde „einen hohen Preis“ für die Veröffentlichung bezahlen. Der Prozess war von einem Verfahren abgetrennt worden, bei dem Dündar und der Ankara-Büroleiter der Zeitung, Erdem Gül, im Mai in derselben Sache wegen angeblicher Veröffentlichung von Staatsge-

heimnissen bereits zu fünf und fast sechs Jahren Haft verurteilt worden waren. Beide haben dagegen Berufung eingelegt.

Ebenfalls angeklagt ist der Abgeordnete der sozialdemokratischen Oppositionspartei CHP, Enis Berberoglu. Can Dündar lebt inzwischen im Exil in Deutschland. Für ihn und Erdem Gül forderte der Staatsanwalt je zehn Jahre Haft, für Berberoglu lebenslanglich, wegen „wissentlicher und absichtlicher Unterstützung einer Terrororganisation, ohne deren Mitglied zu sein“ – gemeint ist damit die Bewegung des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen, den die Regierung für den Putschversuch vom Juli verantwortlich macht. Berberoglu habe sich als mutmaßlicher „Cumhuriyet“-Informant zudem der Weitergabe von Staatsgeheimnissen schuldig gemacht.

„Sie haben nicht den Hauch eines Beweises für die absurden Vorwürfe, und es ist absolut lächerlich, uns mit Gülen in Verbindung zu bringen“, sagte Enis Berberoglu. Der Richter habe sogar auf eine weitere Beweisaufnahme verzichten wollen, offenbar um schnell fertig zu werden. „Unsere Anwälte haben aber darauf bestanden, Zeugen zu hören, was die Richter nicht ablehnen konnten.“ Enis Berberoglu glaubt, dass es dem Gericht nur darum gehe, den heiklen Fall auf die höheren Gerichte abzuwälzen. „Am Ende wird eine politische Entscheidung stehen“, glaubt er.

Kaum hatte sich das Gericht vertagt, wurde auch der benachbarte Verhandlungssaal schon geräumt. Mehr als 80 Zuschauer hatten sich dort auf die 30 Sitze des kleinen Raums gequetscht, in dem ein Prozess gegen zwei bedeutende Bürgerrechtler fortgesetzt wurde: die durch ihre Folterstudien bekannte Vorsitzende der Türkischen Menschenrechtsstiftung Sebnem Korur Fincanci und Erol Önderoglu, der langjährige Türkei-Korrespondent der internationalen Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen. Sie sind beide angeklagt, „Terrorpropaganda“ für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK gemacht zu haben. Ihnen drohen jeweils mehr als 14 Jahre Gefängnis, ebenso wie den beiden nicht anwesenden Mitangeklagten, dem „Cumhuriyet“-Kolumnisten Ahmet Nesin und Inan Kizilkaya, dem früheren Chefredakteur der linken, prokurdischen Zeitung „Özgür Gündem“.

Fincanci, Önderoglu und Nesin hatten sich im Frühjahr an einer Solidaritätsaktion für „Özgür Gündem“ beteiligt, bei der Dutzende Journalisten und Prominente für je einen Tag die Redaktion der Zeitung übernahmen. Im Nachgang wurden zahlreiche Beteiligte verhaftet und angeklagt. Fincanci und Önderoglu wurden im Juni festgenommen, nach internationalen Protesten aber unter Auflagen freige-

Koalition der Überregulierer

Lohnerechtigkeit Das neue Gesetz der Bundesregierung schafft vor allem mehr Bürokratie. Von Joachim Dorfs

Ein Gesetz, das Lohngerechtigkeitsgesetz heißt, kann keine schlechte Sache sein. Wer wollte schließlich nicht, dass es gerecht zugeht im Berufsleben, dass Frauen nicht gegenüber Männern in der Bezahlung diskriminiert werden? Und doch ist das Gesetz, das Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am Mittwoch als großen Erfolg präsentierte, nicht gut, sondern bestenfalls gut gemeint. Ob das Gesetz Gerechtigkeit herstellt, kann sehr bezweifelt werden. Sicher ist hingegen, dass die große Koalition zum wiederholten Male eine Norm verabschiedet hat, die mehr Bürokratie in den Betrieben verursacht.

Sinnvolle Politik würde beim Kern des Problems ansetzen: Frauen werden vor allem deshalb schlechter bezahlt als Männer, weil sie oft in Teilzeit arbeiten, seltener in Führungspositionen zu finden sind und in Branchen tätig sind, in denen grundsätzlich weniger bezahlt wird. Benötigt würden also Initiativen, die hier ansetzen und Frauen bessere Karrierechancen eröffnen: etwa ein umfangreicheres Betreuungsangebot oder mehr Anreize für Frauen, naturwissenschaftliche Fächer zu studieren.

Die Symbolpolitik der Bundesregierung wird an den tatsächlichen Problemen nichts ändern, sondern doktriert mit großem Aufwand vor allem in den Unternehmen an Symptomen herum.

Limitiertes Asyl

Flüchtlinge Der Streit über Obergrenzen ist borniert – aber die Aufnahmekapazität tatsächlich begrenzt. Von Armin Köfer

Wenn Angela Merkel nachgiebiger und Horst Seehofer mächtiger wäre, dann hätten wir jetzt eine regelrechte Staatskrise. Das lässt sich aus der Asylbilanz für 2016 herauslesen. 280.000 Flüchtlinge wurden registriert – deutlich mehr als die von Seehofer propagierte Obergrenze. Wenn es die tatsächlich gäbe, hätte er 80.000 Menschen an der Grenze abweisen müssen. Dafür gibt es bisher weder eine rechtliche Handhabe noch genügend Personal bei der Bundespolizei.

Die Obergrenze ist zu einem Popanz geworden. Seehofer will nicht ohne sie regieren – für die Grünen wäre sie ein Grund, lieber Oppositionspartei zu bleiben. Beide Haltungen sind borniert. Natürlich ist die Aufnahmefähigkeit Deutschlands limitiert. In der Praxis gibt es für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge viele Obergrenzen: Ist der Platz für weitere Unterkünfte etwa nicht begrenzt? Die Kapazität in den Schulen, die Zahl der Deutschlehrer, der Sozialarbeiter, der Traumatherapeuten? Auch die angebliche Unbegrenztheit der Asylgarantie im Grundgesetz ist kein Argument gegen eine Politik, die strikt auf einen reduzierten Zugang achtet. Wenn tatsächlich nur asylberechtigte Flüchtlinge kämen, würde nicht einmal Seehofer von „Flüchtlingskrise“ reden. Die Obergrenze lässt sich nicht beziffern. Aber schon die politische Vernunft spricht dafür, den Zustrom einzudämmen.

Unten Rechts

Schlitzaugen

Der künftige Haushaltskommissar Günther Oettinger musste sich in Brüssel kritischen Fragen stellen. Er hatte einige deutungsfähige Bemerkungen über die europäische Politik gegenüber Schlitzaugen und Frauen gemacht. Oettinger weist auf den privaten Charakter seiner Äußerungen. Allerdings fließen auch solche Aussagen eines EU-Kommissars später in irgendeine Entscheidung der Kommission ein. Der Bologna-Prozess hatte seinen Ursprung in einem herumliegenden Reiseführer. Die Kommission fand Gefallen an dem Buch und ließ es in alle dreitausend Amtssprachen übersetzen. Seit alle europäischen Schüler in Bologna ihr Abitur machen müssen, ist Italien das wirtschaftsstarke Land Europas.

Die von Oettinger geforderte verbindliche Homo-Ehe ist derzeit noch im Zustand der Prüfung. Die EU-Astrologen schauen aber gebannt, was als Nächstes kommt. Dem Vernehmen nach will Oettinger den Brexit nutzen und das ihm verhasste Englisch als Amtssprache abschaffen, zugleich aber das Umscheln von der Steuer befehlen. Man erwartet ferner eine Verordnung zum Schließwinkel von Schlitzaugen. Was mit den Frauen in der EU künftig passieren wird, behält sich Oettinger noch vor. Wer das Glück hat, ihn abends in einer Bar zu treffen, weiß mehr. Martin Gerstner